

Gemeinsamer Antrag

Sitzung des Stadtrates am 11. Oktober 2023

Digitale Souveränität stärken - Vorrang für Open-Source-Software

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Ausschreibungen für neu zu beschaffende Software-Produkte sind so zu gestalten, dass sie sich grundsätzlich an offenen Standards und Interoperabilität orientieren. Weiterhin sollten Ausschreibungen vermehrt als Produkt- oder Dienstleistungsrahmen erfolgen.
2. Bei der Bewertung der Angebote sollen Open-Source-Produkte einen Bonus in Form eines Wertungskriteriums erhalten. Außerdem sollen dabei die erwartete Dauer der benötigten Nutzung der ausgeschriebenen Softwareleistungen, die durch den Anbieter garantierte Pflegezeit für die Software und Szenarien für den Ausfall des Anbieters im Hinblick auf die erwartete Verfahrensnutzung berücksichtigt werden.
3. Bei Gremienvorlagen zur Beschaffung von Software-Produkten sowie zur Verlängerung bestehender Lizenzverträge muss dargelegt werden, welche alternativen Open-Source-Produkte es gibt, ob diese für den Einsatz in Betracht kommen bzw. binnen welchen Zeiträumen und mit welchem Aufwand im Rahmen einer Umstiegs-Strategie die benötigte Funktionalität auf Open-Source-Basis erbracht werden kann.
4. Auswahl- und Entscheidungsprozesse zur Beschaffung neuer Software sowie zur Verlängerung bestehender Lizenzverträge sind so zu gestalten, dass alle Prozesse so definiert sind, dass auch ein späterer Umstieg auf Open-Source-Produkte möglich bleibt. Zu eng gefasste Auswahlkriterien und damit eine mögliche Vorfestlegung auf bestimmte Produkte sind zu vermeiden.
5. Bei der Weiterentwicklung der Digitalisierungsstrategie der Landeshauptstadt Mainz soll eine vermehrte Nutzung von Open-Source-Software festgeschrieben werden.
6. Die Verwaltung wird gebeten, regelmäßig über den Stand der Nutzung von Open-Source-Software in der Verwaltung zu berichten.
7. Das Konzept eines Open-Source-basierten souveränen Verwaltungsarbeitsplatzes wird auch für die Mainzer Verwaltung entwickelt.

Begründung:

Die Europäische Union hat bereits vor einigen Jahren das Ziel formuliert, die digitale Souveränität zu stärken und damit die technologische Abhängigkeit von den USA und China zu vermindern und

gar ganz zu beseitigen. Für den Bereich der Software-Infrastruktur wird hier auch und insbesondere der vermehrte Einsatz von Open-Source-Software aufgeführt.

Durch Open Source wird aber nicht nur diese digitale Souveränität gestärkt, sondern es ergeben sich auch viele weitere Vorteile, die der Einsatz von quelloffenen Software-Produkten zur Folge hat:

Sicherheit & Transparenz: Der Quellcode ist jederzeit nachvollziehbar und Hintertüren und dadurch einhergehende Sicherheitsprobleme sind somit weitestgehend auszuschließen. Potentielle Sicherheitslücken können durch den offenen Quellcode schneller identifiziert und behoben werden. Dadurch wird auch Datenschutz und -sicherheit in einem höheren Maße sichergestellt.

Flexibilität & Nachhaltigkeit: Mit Open-Source-Software wird man in die Lage versetzt, eingesetzte Produkte selbst oder über einen Dienstleister anzupassen und weiterzuentwickeln. Damit kann man deutlich schneller und flexibler auf Nutzer*innen-Wünsche eingehen. Ebenso ist so sichergestellt, dass eine Produktentscheidung langfristig wirkt und bei Bedarf das Produkt selbst weiterentwickelt werden kann.

Natürlich kann Open-Source-Software gerade für kommunale Belange im Zusammenspiel mit anderen Kommunen vorangetrieben werden.

Offenheit: Mittels offener Schnittstellen ist es bei Open-Source-Produkten deutlich einfacher, einen Austausch zwischen verschiedenen Anwendungen zu realisieren.

Kosteneffizienz: Open Source ist nicht per se kostenlos, allerdings kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass es mittel- und langfristig durch den Einsatz von Open-Source-Software Kosteneinsparungen entstehen werden. Durch die Unabhängigkeit von einem speziellen Anbieter insbesondere mit Blick auf Dienstleistungen wird der Wettbewerb erhöht und insbesondere kommunale und regionale Unternehmen können hiervon profitieren.

Andere größere Städte wie z.B. München und Dortmund gehen beim Thema Open Source voran. Gerade, wenn es um die Entwicklung kommunaler Fachanwendungen geht, ist es unabdingbar, mit anderen Kommunen gemeinsam voranzugehen und sich gegenseitig beim Weg in die Unabhängigkeit von großen IT-Konzernen zu unterstützen.

Durch die grundsätzliche Festlegung von Interoperabilität und offenen Standards in Ausschreibungen werden sogenannte Lock-in-Effekte vermieden, d.h., dass der Wechsel auf andere Produkte, ihre Weiterentwicklung oder die Nutzung auf anderen Betriebssystemen nicht mehr so problematisch und aufwändig ist.

Ausschreibungen als Produkt- oder Dienstleistungsrahmen bieten die Chance einer offeneren Produktauswahl durch entsprechende Beratungsleistungen sowie die Implementierung und anschließende Weiterentwicklung der ausgewählten Produkte. Dadurch wird auch der Wettbewerb gestärkt.

Weiterhin sollen Open-Source-Produkte bei der Auswertung von Ausschreibungen einen Bonus in Form eines Wertungskriteriums erhalten, ähnlich wie dies bereits bei anderen Vergaben mit Blick auf die Tariftreue von Unternehmen oder der Verzicht auf Nachunternehmer der Fall ist. Diese Möglichkeit der Bevorzugung von Open-Source-Software wird explizit vom Verband der kommunalen IT-Dienstleister VITAKO empfohlen.¹ Außerdem ist eine ähnliche Maßnahme auch in anderen Städte (z.B. Darmstadt) in Planung. Zudem gibt es äquivalente Regelungen in einigen Landesvergabegesetzen (z.B. Thüringen).

Durch die transparente Darstellung von alternativen Softwareprodukten bei Beschaffungen und eine deutlich offenere Gestaltung von Auswahlprozessen wird die Verwaltung dazu angehalten, sich bei der Beschaffung neuer Software-Produkte und bei Lizenzverlängerungen offensiv mit der Möglichkeit des Einsatzes von Open-Source-Software zu befassen.

¹ https://vitako.de/wp-content/uploads/2022/05/VITAKO-Handreichung_Ausschreibung-von-Open-Source-Software.pdf

Gleichzeitig ist es wichtig, dass sich die Landeshauptstadt Mainz klar zu Open Source und einer progressiven Digitalpolitik bekennt und dies in der Digitalisierungsstrategie verankert. Ein regelmäßiger Bericht über den Einsatz von Open Source unterstützt das Monitoring bezogen auf die Einhaltung geschaffener Regelungen und ihrer möglichen Weiterentwicklung.

Die Forderung nach einer Open-Source-Orientierung gilt dabei nicht nur für zentrale IT-Dienste. Unter dem Stichwort „Souveräner Behördenarbeitsplatz“ entwickeln Bund und Länder Konzepte für eine Arbeitsplatzumgebung, die auf Open-Source-Software basiert und deren Vorteile nutzt.

Sylvia Köbler-Gross
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat

Jana Schmöller
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

David Dietz
Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Caroline Blume
Fraktionsgeschäftsführung
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat

f.d.R.
Robert Herr
Fraktionsgeschäftsführung
SPD-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Hermann Wiest
Fraktionsgeschäftsführung
FDP-Stadtratsfraktion